

AKTUELLE CHRONIK  
(Dez. 1982 - Febr. 1983)

von  
Herbert Kaminski

A S I E N - P A Z I F I K - R E G I O N

In Neu-Delhi wurde am 5.12. ein neuer Dachverband für den Sport Asiens gegründet. Ihm gehören 32 Staaten an, nicht jedoch Israel und Kambodscha. Er nennt sich Olympischer Rat Asiens (OCA) und ersetzt die Föderation der Asienspiele (AGF).

Im Dez. gab die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel bekannt, daß sich der Anteil längerfristiger (d.h. mehr als 12 Monate) privater Bankkredite aus USA, Westeuropa und Japan an Taiwan, Südkorea, Malaysia und Indonesien im Gegensatz zu allen anderen Kreditnehmern erhöht hat. Dies ist ein Beweis des Vertrauens in diese Länder.

Vom 3.-18.1. unternahm der kanadische Premierminister Trudeau Staatsbesuche in Thailand, Singapur, Malaysia, Indonesien, Philippinen, Brunei und Japan. Wirtschafts- und speziell Handelsfragen standen im Vordergrund der Gespräche.

Alle Staaten Ostasiens haben 1982 reales Wirtschaftswachstum erreicht: Japan, das sein ursprüngliches Wachstumsziel nur zur Hälfte verwirklichte, erreichte eine Steigerung des BSPs von etwa 2,5%, die Philippinen 2,8%, Hongkong und Taiwan knapp 4%, Indonesien und die VR China etwas über 4%, Thailand 5%, Südkorea 5,4% und Singapur rund 5,5%. Für 1983 rechnet man in allen Staaten mit größeren Zuwachsraten.

S Ü D A S I E N

BANGLADESH. Im Dez. erreichte die Cholera epidemische Ausmaße: 70.000 Erkrankte und fast 2.000 Tote.

Staatschef Ershad erkannte am 3.12. während seiner Chinareise die Exilregierung Kambodschas diplomatisch an.

Am 27.12. vereinbarten Dhaka und Neu-Delhi, über das Ganges-Wasser zu verhandeln.

Am 26.1. wurde mit der Anfertigung von Wählerlisten begonnen, auf deren Grundlage zuerst lokale, dann landes-

weite Wahlen - zu noch unbekanntem Zeitpunkten - stattfinden sollen.

Am 4.2. teilte Staatschef Ershad mit, daß der Islam Staatsreligion werden soll.

Am 15.2. wurden die Universitäten des Landes geschlossen. Anlaß waren die Studentendemonstrationen gegen das Kriegsrecht am 14.2. Der Ausnahmezustand und verschärfte Pressezensur wurden verhängt.

INDIEN. Im Dez. führte die Regierung wieder die Visapflicht für alle Touristen ein.

Im Dez. erhielt Indien die 1981 gekauften französisch-deutschen "Milan"-Anti-Panzer-Raketen.

Am 7.12. wurden etwa 1.500 Sikhs aus der Haft entlassen, die man vorsorglich inhaftiert hatte, um Unruhen während der Asienspiele zu vermeiden.

Am 11.12., dem Tag des geplanten Beginns, sagte Indien die Reise einer Delegation nach Peking ab. Grund: Kritik der chin. Nachrichtenagentur Xinhua am Auftreten von Tänzern aus Arunachal Pradesh (dieses Gebiet beansprucht China) bei der Abschlusseremonie der Asienspiele.

Vom 16.-19.12. Besuch des vietnamesischen Außenministers Nguyen Co Thach. Es wurde ein Handelsabkommen im Umfang von 9,8 Mio. US\$ abgeschlossen.

Am 23.12. schlossen Indien und Pakistan ein Abkommen über die Bildung einer gemeinsamen Kommission zu Kooperation in den Bereichen Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Technologie. Indien hat bisher etwa zwei Dutzend solcher Kommissionsabkommen mit anderen Staaten abgeschlossen, es ist aber das erste dieser Art mit dem Nachbarland Pakistan.

Am 5.1. erlitt die regierende Kongreß-Partei der Ministerpräsidentin Indira Gandhi in drei Bundesstaaten vernichtende Wahlniederlagen. Im 294köpfigen Parlament von Andhra Pradesh sackte sie von 248 auf 59 Sitze ab. Über 200 Mandate gewann die erst neun Monate alte Telugu Desam-Partei unter Führung des Filmschauspielers Rama Rao. Im 224köpfigen Parlament von Karnataka verlor der Kongreß 103 seiner bisherigen 183 Sitze. Die oppositionelle Janata-Partei errang 98 Mandate und ist damit stärkste Partei. In Tripura blieb die Kommunistische Partei (CPI-M) mit 35 Sitzen die stärkste Fraktion - wie seit 1978.

Am 28.1. forderte I. Gandhi als Konsequenz ihrer Wahlniederlagen alle Minister ihrer Regierung zum Rücktritt auf. Am 29.1. wurde ein neues Kabinett berufen. Die Ministerien für Äußeres, Inneres, Finanzen und Verteidigung blieben unverändert. Acht Minister schieden aus, sieben Politiker rückten neu ins Kabinett ein.



Im Jan. wurde das Ergebnis der Volkszählung vom Febr./März 1981 bekanntgegeben. Am 1.3.81 hatte Indien 685 Mio. Einwohner, inzwischen dürften es bei ca. 2% jährl. Wachstum 712 Mio. sein. Die Familienplanung soll lt. Gesundheitsministerium in den letzten 30 Jahren etwa 50 Mio. Geburten verhindert haben.

Am 12.1. wurde zum zweitenmal ein Satellit mit einer eigenen Trägerrakete (Typ Rohini-560) in eine Erdumlaufbahn in 330 km Höhe gebracht.

Im Jan. erfroren bei einem Kälteeinbruch in Nordindien vermutlich weit mehr als 400 Menschen. Im Febr. wurden im Bundesstaat Orissa mehr als 5 Mio. Inder von Hungersnot bedroht.

Die Wahlen in der Bundeshauptstadt Neu-Delhi am 5.2. gewann die Kongreß-I-Partei: Im "Metropolitan Council" gewann sie 32 der 56 Sitze, in der "Municipal Corporation" 54 der 100 Mandate.

Vom 15.-21.2. fanden im Bundesstaat Assam Wahlen statt. Vor und während der Wahlen kam es zwischen Assamesen und eingewanderten Bengalen, deren Ausweisung erstere verlangen, zu den schwersten Unruhen in Indien seit 1947. Nach Aussagen von Regierungsvertretern wurden 1.100 bis 3.500 Menschen getötet, 10.000 wurden verletzt und über 400.000 sind obdachlos, da ihre Hütten verbrannt wurden. I. Gandhi reiste am 21.1. nach Assam, ohne eine Beilegung der Auseinandersetzungen erreichen zu können. Die Opposition verlangte den Rücktritt I. Gandhis, den diese ablehnte, da sie keine Verantwortung treffe. Die Assamesen boykottierten die Wahlen, so daß nur eine Wahlbeteiligung von ca. 20% erreicht wurde. Die Kongreß-I-Partei gewann die Wahl.

Im Febr. teilte die Internationale Atomenergieorganisation (IAEA) mit, daß Indien im Nov. 1982 mit der Wiederaufarbeitung von Plutonium aus radioaktiven Brennelementen begonnen hat. Lt. "Washington Post" vom 21.1. hortet Indien auch für militärische Zwecke verwendbares Plutonium und könnte damit 20 Atombomben pro Jahr bauen.

PAKISTAN. Am 1.12. wurde Khuda-e-Noor, Führer der Tehrik-i-Istiqlal Opposition in Belutschistan, verhaftet.

Vom 6.-14.12. erster Staatsbesuch von Staatschef Ziaul-Haq in den USA. Gespräche u.a. mit Präsident Reagan, Außenminister Shultz, Verteidigungsminister Weinberger. Reagan dankte Pakistan für die Aufnahme von fast 3 Mio. afghanischer Flüchtlinge und sagte Militär- und Wirtschaftshilfe von 3,2 Mrd. US\$ für die nächsten fünf Jahre zu (Kongreß muß noch zustimmen). An Waffen sollen u.a. 40

Kampfflugzeuge des Typs F-16 (Wert 1,1 Mrd. US\$), eine modernisierte Version des M-48-Panzers, Hubschrauber, Luftabwehrraketen, Artillerie und Fernmeldegeräte geliefert werden. Die Auswärtigen Ausschüsse von Senat und Repräsentantenhaus forderten Abschaffung des Kriegsrechts, Beachtung der Menschenrechte und Re-Demokratisierung. Ziaul-Haq versicherte, auch er setze sich für diese Ziele ein. Am 6.12. erklärte er in New York, Pakistan habe bisher keine Atombombe und beabsichtige auch nicht, sein Atompotential für kriegerische Zwecke einzusetzen.

Am 23.12. wurden der Herausgeber der Zeitung "Al-Fazal", Masud Dehvi, und vier seiner Mitarbeiter wegen angeblicher Verunglimpfung des Propheten Mohammed verhaftet.

Am 26.12. Besuch des iranischen Innenministers Hodscha-toleslam Natek-Nuri. Er und der pakistanische Innenminister Mahmud Harun forderten den sofortigen Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan.

SRI LANKA. Am 2.12. wurde der 1. Sekretär der US-Botschaft wegen angeblicher Einmischung in innere Angelegenheiten aufgefordert, das Land zu verlassen.

Am 22.12. stimmten von ca. 8 Mio. Wahlberechtigten 3,1 Mio. für und 2,6 Mio. gegen eine Verlängerung der Legislaturperiode um sechs Jahre bis 1989. Damit entfallen die lt. Verfassung im Aug. 1983 fälligen Parlamentswahlen. Am 23.12. unterschrieb Staatspräsident Jayawardene ein entsprechendes Gesetz. Die Regierung hofft, auf diese Weise ihr marktwirtschaftliches Entwicklungsprogramm ungestört verwirklichen zu können. Im jetzigen Parlament verfügt die regierende Vereinigte Nationalpartei über 143 der 168 Sitze.

Am 20.1. wurde der im Anschluß an die Präsidentschaftswahlen im Okt. 1982 verhängte Ausnahmezustand aufgehoben. Mehrere Oppositionspolitiker wurden aus der Haft entlassen.

## S Ü D O S T A S I E N

INDONESIEN. Präsident Suharto berief im Dez. drei neue Oberbefehlshaber: Vize-Admiral Mochamad Romli für die Marine, Vize-Marschall Sukardi für die Luftwaffe und Generalmajor Anton Sujarwo für die Polizei. Der Oberbefehlshaber der Armee, General Poniman, blieb im Amt. Obwohl auch der Oberbefehlshaber der Sicherheitskräfte (Kopkamtib), General Wijoyo Suyono, zurücktrat, wurde bisher kein Nachfolger ernannt.



Am 6.12. berichtete die "Sinar Harapan" von mindestens 62 Toten durch Verhungern in Irian Jaya. Eine Ruhr-Epidemie soll in derselben Provinz etwa 300 Menschen das Leben gekostet haben.

Am 18.12. Besuch des türkischen Staatspräsidenten Kenan Evren; am 21.12. Besuch von Son Sann, Premierminister der kambodschanischen Exilregierung.

Die Istiqlal Moschee in Jakarta wurde im Dez. Sitz des neu gegründeten "Asia-Pacific Council of Mosques", eine Organisation, die der in Saudi-Arabien ansässigen "World Islamic Organization" angeschlossen ist.

Auf der 66. OPEC-Konferenz in Wien nahm der indonesische Erdölminister Subroto den Standpunkt ein, daß eine Neuverteilung der Förderquoten unter Berücksichtigung der Bevölkerungsdichte sowie der wirtschaftlichen und sozialen Lage des Landes erforderlich sei. Diese Haltung nahmen u.a. auch Iran und Venezuela im Gegensatz zu u.a. Saudi Arabien ein. Indonesien hat - im Gegensatz zu den anderen Bevölkerungsreichen Erdölförderländern - die von der OPEC für 1982 zugeteilte Fördermenge eingehalten.

Präsident Suharto kündigte am 11.1. in seiner Haushaltsrede vor dem Parlament ein drastisches Sparprogramm an: Einfrieren der Gehälter der Regierungsangestellten, Kürzungen bei Subventionen und starke Preiserhöhungen. Von der vollständigen Streichung der Nahrungsmittelsubventionen werden rund 50 Mio. arme Menschen betroffen. Die inländischen Mineralölpreise wurden um 45%, die Petroleumpreise um 65% erhöht. Im Haushaltsjahr 1982 betrug das Budgetdefizit 5 Mrd. US\$. Die Erdöleinnahmen sanken von 14,5 Mrd. US\$ 1981 auf 12,8 Mrd. US\$ 1982. Der Haushalt 1983 steigt um 6% auf 24,2 Mrd. US\$.

Eine der bedeutendsten buddhistischen Tempelanlagen der Welt, der im 8. Jh. erbaute Borobudur in Mittel-Java wurde nach zehnjährigen Restaurierungsarbeiten am 23.2. wieder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die Rettungsaktion war mit Hilfe der UNESCO durchgeführt worden.

KAMBODSCHA. Der Premierminister Malaysias, Datuk Seri Mahathir, forderte Anfang Dez., daß Norodom Sihanouk, Präsident der kambodschanischen Exilregierung, Kambodscha auf der Konferenz der Blockfreien-Bewegung (März 1983 in Neu-Delhi) vertreten soll. Diese Forderung, die auch von Singapur und Indonesien unterstützt wird, blieb bisher ohne Erfolg.

In der ersten Febr.-Woche sollen vietnamesische Angriffe auf Partisanenstellungen im thailändisch-kambodschanischen Grenzgebiet 100-200 Tote und Verwundete gefordert haben.

Mehr als 30.000 Flüchtlinge verließen das Lager Nong Chan und setzten sich nach Thailand ab.

Am 4.2. führte US-Außenminister Shultz Gespräche mit Sihanouk in Peking.

MALAYSIA. Die staatseigene "Heavy Industries Corp. of Malaysia" (Hicom) vereinbarte Anfang Dez. mit der japanischen Mitsubishi-Gruppe, die erste Autoproduktionsfirma in Malaysia in Shah Alam, Selangor, für 236 Mio. US\$ zu errichten. Ab 1986 sollen 20.000, ab 1989 ca. 120.000 Einheiten gebaut werden. Hicom soll 70%, Mitsubishi Corp. 15% und Mitsubishi Motor Corp. 15% der Anteile halten.

Am 9.12. erklärte Premierminister Mahathir, daß seine Regierung der kambodschanischen Exilregierung keine Militärhilfe geben werde.

LAOS. Ausländische Diplomaten berichteten Anfang Dez., daß in Vientiane mehrere Mitglieder der ehemaligen königlich-laotischen Regierung als Vizeminister an der Reorganisation der gegenwärtigen Administration beteiligt seien, der Einfluß von Technokraten sich vergrößert und das Angebot von Konsumgütern sich verbessert habe.

Vom 12.-14.2. hielten sich amerikanische Fachleute von der Aufklärungsstelle für Kriegsopfer in Laos auf, um Nachforschungen nach seit dem Vietnam-Krieg vermißten amerikanischen Soldaten anzustellen. Von den insgesamt 2.493 Vermißten gelten 558 als in Laos verschollen.

PHILIPPINEN. Am 7.12. wurde die führende oppositionelle Zeitschrift "We Forum" verboten und gleichzeitig der Herausgeber, der Chefredakteur sowie weitere Mitarbeiter verhaftet wegen angeblicher "Verschwörung zum Regierungssturz durch politische Propaganda, Agitation und Verherrlichung von Gewalt". Aus gleichem Grund wurde am 9.12. der Herausgeber der "Manila Times" unter Hausarrest gestellt.

Im Dez. wurde die militärische Sicherheit rund um Manila durch den Einsatz von 18 weiteren, aus Mindanao und den Visayas abgezogenen Armee-Bataillonen verstärkt zur Abwehr der "Neuen Volksarmee" - des militärischen Arms der verbotenen Kommunistischen Partei.

Mohammad Ali al-Harakan, Generalsekretär der "World Islamic Organization", sagte seinen für Dez. in Manila vorgesehenen Besuch ab, da Präsident Marcos sein im März 1982 in Riyadh gegebenes Versprechen, der Muslim-Region auf den Süd-Philippinen ein höheres Maß an Autonomie einzuräumen, nicht gehalten habe.



Vom 29.12.-2.1. offizieller Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß, der anschließend nach Hongkong weiterreiste.

Am 16.2. warf Erzbischof von Manila, Kardinal Sin, in einem Pastoral Schreiben der Regierung und den Links-Gueerrilleros vor, "die Menschenrechte unentwegt zu verletzen". Zugleich beklagte er die fortschreitende Verelendung der Bevölkerung und wies auf die Unterdrückung der Pressefreiheit sowie auf die Repression gegen die Kirche hin. Das Schreiben verurteilt die Korruption und die zunehmende Militarisierung des öffentlichen Lebens. Am 20.2. wurde dieser Brief in allen Kirchen verlesen.

SINGAPUR. Am 18.12. Besuch des Premierministers der kambodschanischen Exilregierung Son Sann.

Am 30.1. Kollision einer Bohrinsel mit der den Hafen überspannenden Seilbahn zur Insel Sentosa. Sieben Menschen kamen ums Leben.

THAILAND. Nach offiziellen Berichten vom 1.12. und 27.12. sollen sich im Norden und Nordosten des Landes zuerst 1.000, dann weitere 800 Anhänger der verbotenen Kommunistischen Partei (CPT) ergeben haben. Die CPT hat durch den chinesisch-vietnamesischen Konflikt die Unterstützung Pekings verloren. Seitdem hat die Partei keine einheitliche Führung und befindet sich in einer ideologischen Krise. Die Zahl ihrer bewaffneten Mitglieder soll von 15.000 Mann auf 7.000 oder gar 4.000 gesunken sein.

Am 8.12. Besuch des malaysischen Premierministers Mahathir.

Am 12.12. wurde Montchai Soranakhom, ein Studentenfürher, der Demonstrationen von Studenten und Gewerkschaftlern gegen Bustarif-Erhöhungen organisierte, von Unbekannten erschossen.

Am 15.12. wurde der ehemalige Militärberater von Premierminister Prem, Generalmajor Sawong, vor einem Militärgericht angeklagt, für Thailand bestimmte US-Waffen im Wert von 2,2 Mio. US\$ illegal nach Indonesien verkauft zu haben.

Am 2.2. wurde der Erzbischof von Bangkok, Michael Michai Kitbunchu, als erster Thailänder von Papst Johannes Paul II zum Kardinal berufen und damit in das "Heilige Kollegium" aufgenommen.

Am 11.2. wurde Lao Su, einer der berühmtesten Drogenhändler, in der Nähe der birmanischen Grenze von Regierungstruppen erschossen.

VIETNAM. Außenminister Nguyen Co Thach erklärte in einem am 6.12. in der schwedischen "Dagens Nyheter" veröffentlichten Interview, daß Vietnam über die Möglichkeit einer Normalisierung der Beziehungen zwischen Moskau und Peking alarmiert sei. China könne mit einer Annäherung an die Sowjetunion die Absicht verfolgen, "freie Hand in Südostasien" zu erreichen, dessen Staaten es als seine "Vasallen" ansehe.

Anfang Dez. weihte der schwedische Industrieminister Carlsson im Norden Vietnams eine Zellstoff- und Papierfabrik ein - das bisher größte Einzelprojekt schwedischer Entwicklungshilfe überhaupt. Carlsson kündigte einen weiteren Ausbau der bilateralen Zusammenarbeit an.

Vom 12.-19.1. fand in Hanoi ein von vietnamesischen Behörden und dem amerikanischen Wissenschaftler A. Westing (Hampshire College) gemeinsam vorbereitetes Symposium über die Langzeitwirkung von im Vietnamkrieg eingesetzten Giftstoffen auf Menschen und Natur statt. Es nahmen 40 vietnamesische, 20 amerikanische Forscher sowie solche aus Westeuropa, der Sowjetunion und der DDR teil.

Am 19.1. gab Niedersachsen bekannt, daß es im Rahmen der Familienzusammenführung weitere 1.348 Vietnam-Flüchtlinge aufnehmen werde. Seit 1978 hat Niedersachsen 3.634 Vietnam-Flüchtlinge aufgenommen.

Am 6.2. tauschten Vietnam und China Gefangene aus. Hanoi übergab 35 Chinesen, Peking 15 Vietnamesen.

## O S T A S I E N

VR CHINA. Vom 24.11.-11.12. fand in Peking die 5. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses mit mehr als 1.400 Abgeordneten statt.

Am 1.12. teilte Finanzminister Wang Bingqian auf obiger Sitzung den Staatshaushaltsplan für 1983 mit. Er sieht Ausgaben von 126 Mrd. Yuan (ca. 157 Mrd. DM) und Einnahmen von 123,2 Mrd. Yuan (ca. 153 Mrd. DM) vor. Dies entspricht einer Steigerung von 11,3%. Die Verteidigungsausgaben sollen mit 17,8 Mrd. Yuan auf dem Stand von 1982 bleiben.

Am 4.12. verabschiedete der V. Nationale Volkskongreß mit 3037 Ja-Stimmen bei drei Enthaltungen eine neue Verfassung. Diese, die vierte seit Gründung der VR China sieht u.a. vor: Das Amt des Staatspräsidenten, seinerzeit von Mao Zedong abgeschafft, wird wieder eingeführt (der nächste, neu zu wählende Volkskongreß wird ihn voraussichtlich 1983 wählen); die etwa 54.000 Volkskommunen ver-



lieren ihre Doppelfunktion (sie sind nur noch Wirtschaftseinheiten, die politischen und administrativen Aufgaben übernehmen Kreis- und Stadtverwaltungen) und lassen in begrenztem Umfang Privatwirtschaft zu; die 4,2 Mio. Mann umfassende Volksbefreiungsarmee untersteht nicht mehr der Partei, sondern durch die neugeschaffene Militärkommission des Nationalen Volkskongresses dem Staat; der "Spitzenfunktionär auf Lebenszeit" wurde abgeschafft; die Einrichtung "Sonderverwaltungsgebiet" wurde geschaffen (wohl für die Wiedervereinigung mit Taiwan, Hongkong und Macao); Ehepaare sind zur Geburtenkontrolle verpflichtet; erstmals wurde das Recht auf und die Pflicht zur Schulbildung verankert.

Vom 5.-7.12. Besuch einer Delegation der Arabischen Liga mit Vertretern aus sieben Staaten unter Führung des jordanischen Königs Hussein. Peking unterstützt den im Sept. 1982 von der Liga in Fes verabschiedeten Nahost-Friedensplan.

Vom 13.-16.12. Besuch des türkischen Staatspräsidenten General Evren. Die Gespräche mit der chinesischen Führung ergaben Einigkeit in den wichtigsten politischen Fragen (Afghanistan, Kambodscha, Israel).

Ministerpräsident Zhao Ziyang unternahm vom 19.12.-18.1. eine ausgedehnte Afrikareise. Er besuchte Ägypten, Algerien (wo er auch PLO-Chef Arafat traf), Marokko, Guinea, Kongo, Zaire, Sambia, Zimbabwe, Tansania und Kenia. Zhao forderte in Ägypten die Schaffung eines palästinensischen Staates, erkannte aber gleichzeitig das Existenzrecht Israels indirekt an. Außerdem wird China Ägypten weitere F-7 Kampfflugzeuge liefern.

Am 23.12. bestätigte die Regierung, daß sie ein 1.800 MW Atomkraftwerk im Süden von Guangdong zu bauen beabsichtigt. Bis zum Jahr 2000 soll die Kernkraftkapazität Chinas auf 15.000-20.000 MW gesteigert werden. China stellt sein eigenes angereichertes Uran her und gewinnt Plutonium aus abgebrannten Brennelementen. Am 27.12. wurde bekanntgegeben, daß China und Frankreich ein Abkommen über Zusammenarbeit im Bereich der Nuklear-Technologie abgeschlossen haben. Paris hofft, Lieferaufträge für ca. 10 Mrd. Franc zu erhalten.

Am 23.12. wurde zwischen China und der UdSSR ein Abkommen geschlossen, das die Wiederaufnahme des direkten Handels zwischen den Grenzregionen beider Länder, der Anfang der 60er Jahre unterbrochen wurde, vorsieht. Vertragsparteien sind die Bank of China und die sowjetische Außenhandelsbank.

Am 25.12. bezeichnete in Moskau Kremlsprecher Sagladin die Wiederaufnahme der Normalisierungsgespräche zwischen Moskau und Peking als eine der positivsten Entwicklungen des Jahres 1982.

Am 12.1. nahmen China und Angola diplomatische Beziehungen auf.

Am 17.1. wurde bekannt, daß die USA China eine Bodenstation zum Empfang amerikanischer Satellitenaufnahmen aus dem Forschungsprogramm Landsat liefern werden.

Am 17.1. wurde der 56jährige Bezirkssekretär der KP in Haifeng, Wang Zhong, wegen Wirtschaftsverbrechens (Unterschlagung von beschlagnahmter Schmuggelware, Korruption) hingerichtet.

Am 25.1. wurden vom Obersten Volksgerichtshof die am 25.1.81 verhängten Todesstrafen gegen die Witwe Mao Zedongs, Jiang Qing, 69, und den ehemaligen Vize-Ministerpräsident Zhang Chunqiao, 65, in lebenslange Haft umgewandelt. Als Begründung wurde angegeben, daß sich beide "nicht in übler Weise der Umformung widersetzt hätten".

China verzeichnete 1982 mit 4,6 Mrd. US\$ einen Rekord-Handelsüberschuß (1981: 1,4 Mrd. US\$).

Vom 2.-6.2. Besuch des US-Außenministers Shultz. Auch nach den Gesprächen blieben Probleme in den bilateralen Beziehungen: vor allem die amerikanischen Waffenlieferungen an Taiwan; die amerikanische Zurückhaltung beim Technologie-Transfer nach China; die amerikanischen Restriktionen gegen chinesische Textillieferungen. Bei weltpolitischen Fragen war man sich bez. Afghanistans und Kambodschas einig, während im Hinblick auf Israel - Naher Osten und Südafrika - Namibia Meinungsverschiedenheiten bestehen blieben. Insgesamt hat der Besuch geholfen, die Beziehungen zwischen Peking und Washington wieder zu normalisieren. Im Juni oder Sept. d.J. wird Ministerpräsident Zhao Ziyang die USA besuchen.

1982 besuchten 7,92 Mio. Touristen (einschl. Auslandschinesen) China (2% mehr als 1981), von denen China 840 Mio. US\$ einnahm (7,7% mehr als 1981).

Vom 18.-21.2. Besuch des Generalsekretärs der regierenden Liberaldemokratischen Partei Japans, Susumu Nakaido, als Sonderbotschafter des japanischen Ministerpräsidenten Nakasone. Zhao Ziyang äußerte Bedenken über die Erhöhung der japanischen Rüstungsausgaben; er riet Japan, sein militärisches Potential auf das zur Verteidigung notwendige zu beschränken.

Am 25.2. trat der 86jährige Marschall Ye Jianying als Vorsitzender des Nationalen Volkskongresses und damit als derzeitiges Staatsoberhaupt zurück. Nachfolger wurde der



80 Jahre alte, frühere Oberbürgermeister von Peking, Peng Zhen, der zu den gemäßigten Reformern gehört, womit die Position Deng Xiaopings gestärkt ist.

HONGKONG. Im Dez. wurden die britisch-chinesischen Gespräche über die Zukunft Hongkongs fortgesetzt.

Am 28.1. traf sich Gouverneur Sir Edward Youde mit der britischen Premierministerin Thatcher in London.

Am 8.2. Besuch des US-Außenministers Shultz.

JAPAN. Am 3.12. hielt Nakasone seine erste Rede als Ministerpräsident. Er kündigte an, Japan werde verstärkt aufrüsten (Erhöhung des Verteidigungshaushalts 1983 um 6,5% auf 28 Mrd. DM = 0,98% des geschätzten BSPs; diese Erhöhung ist geringer als die von den USA geforderte), ohne eine Militärmacht werden zu wollen; die USA blieben der wichtigste Partner und um ein besseres gegenseitiges Verständnis mit den asiatischen Staaten werde er sich bemühen; das Problem der "nördlichen Territorien" müsse mit Moskau gelöst werden; Zur Lösung der innenpolitischen Probleme (Staatsverschuldung, steigende Arbeitslosigkeit, unzureichende Rentenversicherung, Widerstand der Interessenverbände gegen vom Ausland geforderte Importsteigerung von Agrarprodukten usw.) sagte Nakasone nichts Konkretes.

Am 6.12. demonstrierten in Tokyo mehr als 25.000 Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes gegen einen Lohnstopp.

Am 9.12. Besuch des jordanischen Königs Hussein.

Vom 9.-11.12. Handelsgespräche zwischen Japan und der EG in Tokyo, die ohne Ergebnis endeten. Die EG forderte eine deutliche Mäßigung der japanischen Industriexporte sowie die Steigerung der japanischen Importe aus der Gemeinschaft.

Am 16.12. teilte das Amt für Selbstverteidigung mit, daß die UdSSR auf der seit 1945 von Moskau besetzten, jedoch von Japan beanspruchten Insel Etorofu (unmittelbar vor der Küste Hokkaidos) neuerdings mindestens zehn MIG-21-Kampfflugzeuge (Radius 900 km) stationiert habe.

Am 20.12. wurde bekannt, daß Japan der UdSSR einen Lieferantenkredit über 494 Mio. US\$ zu einem Vorzugszins von 7,8% gewährt, um einen Großröhren-Auftrag für die Gasleitung Sibirien-Westeuropa nicht zu verlieren.

Am 22.12. beteuerte der ehemalige Ministerpräsident Tanaka bei seiner zweiten Vernehmung vor Gericht erneut seine Unschuld im Zusammenhang mit dem Lockheed-Bestechungsskandal. Am 26.1. beantragte die Staatsanwaltschaft im Verfahren gegen Tanaka eine Haftstrafe von fünf Jahren

sowie eine Geldstrafe in Höhe von 500 Mio. Yen (ca. 5 Mio. DM). Das Urteil wird für Herbst 1983 erwartet.

Am 23.12. beschloß das Kabinett Zollsenkungen für weitere 86 Warengruppen ab 1.4.83: So wurden z.B. die Zölle für Tabak von 35% auf 20%, von Schokolade und Gebäck von 31,9% auf 20% gesenkt. Zu den ca. 50 erfaßten landwirtschaftlichen Erzeugnissen gehören u.a. Papaya, Trauben, Rizinusöl, Gemüsesaft, Rosinen, Avocados, Kakaopulver, Kokosnußöl - z.T. für südostasiatische Staaten von Interesse. Für europäische und amerikanische Exporteure sind nicht die japanischen Einfuhrzölle das Haupthindernis, sondern die vielfältigen nicht-tarifären Handelshemmnisse.

Am 26.12. gab die EG-Kommission die Eröffnung eines Antidumping-Verfahrens gegen die Einfuhr japanischer Videorecorder bekannt. Sie folgte damit Klagen von Grundig und Philips, nach denen japanische Videorecorder in der EG zu niedrigeren Preisen als in Japan verkauft würden.

Am 30.12. verabschiedete das Kabinett den Etat für das Finanzjahr 1983/84 (1.4.-31.3.). Er sieht Ausgaben von 50,38 Bill. Yen (ca. 510 Mrd. DM) vor. Dies entspricht einer Steigerung von 1,4% im Vergleich zum Vorjahr (die geringste Steigerung seit 1955).

Die japanische Autoindustrie verkaufte 1982 insgesamt 5,23 Mio. Fahrzeuge im Inland (2,2% mehr als 1981). Im gleichen Zeitraum exportierte sie 5,6 Mio. Stück; dies war ein Rückgang um 7,5%, veranlaßt durch "freiwillige" Selbstbeschränkungsabkommen und protektionistische Maßnahmen der Importländer.

Vom 2.-8.1. unternahm Shintaro Abe seine erste Auslandsreise als Außenminister nach Westeuropa. Er besuchte die EG-Kommission in Brüssel, Großbritannien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Italien. Hauptanliegen war das Bemühen, den Ausbruch eines Handelskrieges zwischen der EG und Japan zu vermeiden.

Am 3.1. entließ die UdSSR 27 japanische Fischer, die wegen angeblicher Verletzung der sowjetischen Hoheitsgewässer teils schon vor zwei Jahren festgenommen worden waren.

Am 9.1. starb unter ungeklärten Umständen Ichiro Nakagawa, 57, seit 1963 Parlamentarier der LDP, mehrmaliges Kabinettsmitglied und im Nov. 1982 Mitbewerber um das Ministerpräsidentenamt.

Am 11./12.1. unternahm Nakasone seine erste Auslandsreise als Ministerpräsident nach Süd-Korea. Dies war auch das erste Mal, daß ein japanischer Ministerpräsident seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen 1965 nach Seoul reiste. Japan wird in den nächsten sieben Jahren Süd-Korea Wirtschaftshilfe in Höhe von 4 Mrd. US\$ leisten.



Am 13.1. beschloß die Regierung für 108 Positionen weitere Zollsenkungen. Der durchschnittliche Zollsatz von 7,7% wurde auf 4,5% zurückgenommen. Auch der Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse ist vorgesehen, so wurde die Bildung eines Gremiums beschlossen, das sich mit der Anpassung japanischer Gesetze an weltweit übliche Regelungen befassen soll. Am 21.1. bezeichnete EG-Kommissionspräsident Gaston Thorn diese Maßnahmen als noch nicht ausreichend, da sie nur etwa 10% der europäischen Exporte betreffen.

Am 14.1. teilte Kabinettssekretär Motoharu Gotoda mit, daß die Regierung den Export von Waffen und Militärtechnologie in die USA freigegeben habe.

Vom 14.-16.1. Handelsgespräche EG-Japan in Tokyo. Die EG forderte japanische Selbstbeschränkungen beim Export von Videorecordern, Farbfernsehern, Bildröhren, Werkzeugmaschinen, Motorrädern, Quarzuhren, Gabelstaplern, Nutzfahrzeugen sowie HiFi-Ausrüstungen. Die Gespräche erbrachten keine Einigung.

Vom 17.-20.1. Besuch von Ministerpräsident Nakasone in den USA. Trotz freundlicher Atmosphäre konnten die tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten in Handelsfragen nicht beigelegt werden. Nakasone machte keinerlei Zugeständnisse bezüglich Importerleichterung für Rindfleisch und Zitrusfrüchte und ließ auch offen, ob Japan die freiwillige Exportbeschränkung bei Autos aufrechterhalten wird.

Am 25.1. protestierte die japanische Regierung offiziell gegen die sowjetische Aufrüstung im Fernen Osten und warnte vor einer "untragbaren und unnötigen Verschärfung der Spannung in Asien".

Am 27.1. Durchstich des Seikan-Tunnels zwischen Honshu und Hokkaido (mit 53,85 km der längste Tunnel der Welt; Baukosten ca. 10 Mrd. DM).

Vom 30.1.-2.2. Besuch des US-Außenministers Shultz. Empfang beim Tenno. Gespräche u.a. mit Nakasone, Außenminister Abe und führenden Industriellen. Themen: Steigerung der japanischen Verteidigungsausgaben und Abbau der Handelsfriktionen zwischen Japan und USA. Keine konkreten Ergebnisse.

Am 6.2. konnte der erste japanische Kommunikations-Satellit erfolgreich auf einer Erdumlaufbahn stationiert werden.

Am 9.2. forderten die Oppositionsparteien den Ausschluß Tanakas aus dem Parlament. Die gleiche Forderung wurde am 14.2. auf einer Demonstration von ca. 5.000 Teilnehmern in Nagaoka erhoben.

Am 13.2. einigte sich die japanische Regierung mit der

EG auf ein Selbstbeschränkungsabkommen für Videorecorder; danach wird Japan von 1983-85 nicht mehr als jährlich 4,55 Mio. Geräte in die EG exportieren (1982 waren es noch 5,5 Mio.). Außerdem wurde eine "allgemeine Mäßigung" für zehn weitere Produkte vereinbart (s.o.).

Ebenfalls am 13.2. verlängerte die japanische Regierung das Selbstbeschränkungsabkommen für Kraftfahrzeugexporte in die USA für ein Jahr. Trotz heftigen Widerstandes der japanischen Autoindustrie sollen auch 1983 nicht mehr als 1,68 Mio. KFZ in die USA exportiert werden. Eine anschließende nochmalige Verlängerung wurde ausdrücklich ausgeschlossen.

Am 15.2. erreichten Wissenschaftler der Universität Tokyo die niedrigste je gemessene Temperatur. Bis auf 0,00003 Grad erreichten sie den absoluten Nullpunkt von  $-273,15^{\circ}\text{C}$ .

Am 17.2. schlossen Toyota Motor Co. und General Motors Corp. ein Abkommen über die gemeinsame Produktion eines PKWs in den USA; diese soll 200.000 Einheiten pro Jahr umfassen und 1984 beginnen. Die amerikanische Kartellbehörde muß noch zustimmen.

Vom 22.-27.2. reiste eine Delegation von 257 Wirtschaftlern unter Führung des Präsidenten der Industrie- und Handelskammer, Shigeo Nagano, nach Moskau, die größte japanische Delegation, die je die Sowjetunion besuchte. Die Japaner sind an einer Kooperation bei der Rohstoff-Nutzung in Sibirien interessiert. Sie verhandelten über japanische Industriegüterexporte im Wert von 1,1 Mrd. US\$. Die Delegation war nach ihrer Rückkehr mit den Geschäftsabschlüssen zufrieden; Zahlen wurden nicht veröffentlicht.

NORD-KOREA. Am 19.12. berichtete die "New York Times", daß Nord-Korea dem Iran massive Waffenhilfe gewähre (pro Jahr für etwa 2 Mrd. DM, z.T. im Austausch gegen Erdöl) und 300 Militärberater entsandt habe.

Am 1.2. wurden alle militärischen Einheiten in höchste Alarmbereitschaft versetzt. Man reagierte damit auf die am gleichen Tag in Süd-Korea begonnenen gemeinsamen Manöver südkoreanischer und amerikanischer Soldaten. Es war das erste Mal, daß Pjöngjang militärische Maßnahmen aus solch einem Anlaß ergriff. Nord-Korea gab bekannt, daß es sich vor einer wachsenden Kriegsgefahr wegen "verwegener militärischer Provokationen durch US-Imperialisten" sähe.

SÜD-KOREA. Am 5.12. entschied die Regierung, der Bitte des Libanon, Soldaten als Beitrag zur Friedensüberwachung zu entsenden, nicht zu entsprechen.

Am 14.12. schlossen Brüssel und Seoul ein Abkommen



über die Beschränkung von südkoreanischen Textilexporten in die EG.

Am 16.12. wurde der bekannteste politische Häftling des Landes, der im Herbst 1980 zum Tode verurteilte Oppositionspolitiker Kim Dae Jung, 57, aus der Haft entlassen (der Vollzug der z.Z. rechtskräftigen 20jährigen Haftstrafe wurde ausgesetzt). Am 23.12. reiste er - wahrscheinlich gezwungenermaßen - in die USA, um sich ärztlich behandeln zu lassen.

Am 19.12. kündigten Süd-Korea und die USA gemeinsame, etwa zehn Wochen dauernde und 188.000 Soldaten umfassende Manöver an, die unter dem Namen "Teamgeist '83" am 1.2. begannen.

Am 20.12. Besuch des türkischen Staatspräsidenten Evren.

Am 24.12. wurden 1.205 Gefangene, darunter 47 politische Häftlinge, im Rahmen einer Amnestie aus der Haft entlassen.

Ab Jan. erlaubte Süd-Korea der VR-China, sein Territorium auf dem Flug Shanghai-Tokyo zu überfliegen.

Im Jan. bat Süd-Korea Japan um Unterstützung für die Aufnahme beider koreanischer Staaten in die Vereinten Nationen.

Am 6.2. Besuch des US-Außenministers Shultz.

Am 25.2. wurde das vor zwei Jahren verhängte politische Betätigungsverbot für 267 ehemalige Politiker aufgehoben. Für etwa 300 weitere Politiker, u.a. auch für die prominenten Führer der alten Regierungs- bzw. Oppositionspartei, Kim Jong Pil und Kim Jong Sam, gilt das Verbot weiter. Ebenso bleiben generell die Beschränkungen des Versammlungs- und Demonstrationsrechts sowie Einschränkungen der Pressefreiheit in Kraft.

TAIWAN. Am 1.12. gaben die USA bekannt, daß sie Militärfahrzeuge im Wert von 97 Mio. US\$ an Taiwan verkaufen werden.

Die staatseigene Taiwan Power Co. unterzeichnete im Dez. mit der britischen Rio Tinto Zinc Corp. einen Vertrag, nach dem die Taiwanesen über 15 Jahre 4.000 t Uran im Wert von ca. 300 Mio. US\$ für ihre sechs Atomreaktoren erhalten werden.

Wirtschaftsminister Zhao Yaodong gab am 23.12. offiziell bekannt, daß die japanische Toyota Motor Co. (45% Anteil) gemeinsam mit der staatseigenen China Steel Corp. (25%) u.a. für 540 Mio. US\$ eine PKW-Produktionsfirma in Taiwan errichten werde. Die Endstufe sieht vor, von den jährlich 300.000 produzierten PKWs 50% zu exportieren.

Am 9.2. gab das State Department bekannt, daß die USA eine neue Serie von F-104-Kampfflugzeugen an Taiwan geliefert habe.

## S Ü D P A Z I F I K

AUSTRALIEN. Am 3.2. löste Ministerpräsident Malcolm Fraser beide Kammern des Parlaments auf und kündigte vorgezogene Neuwahlen für den 5.3. an. Er begründete diesen Schritt mit dem Widerstand der Gewerkschaften gegen einen Lohnstopp und mit angedrohten Streiks. Die letzten Wahlen hatten am 18.10.80 stattgefunden.

Ebenfalls am 3.2. trat der Fraktionsführer der oppositionellen Labour Party, Bill Hayden, zurück, um eine Spaltung der Partei zu verhindern. Sein Nachfolger wurde der 53jährige frühere Gewerkschaftsführer Robert Hawke.

Vom 16.-20.2. wütete im Süden eines der schlimmsten Buschfeuer in der Geschichte des Landes. 71 Menschen kamen in den Flammen um. Mehr als 300.000 Hektar Land wurden vernichtet. In vielen Fällen, so vermutete die Polizei, sei das Feuer von Brandstiftern gelegt worden.

NEUSEELAND. Am 3.12. legte Bill Rowling den Vorsitz der oppositionellen Labour Party nieder, den er seit 1974 innehatte. Am 2.2. wurde David Lange zum Nachfolger gewählt.

SÜDPAZIFISCHE INSELN: Am 10.2. wurde auf den Palau-Inseln eine Volksabstimmung durchgeführt. Der politische Status einer freien Assoziation mit den USA wurde von 56% gutgeheißen. Der geplante Verfassungszusatz, mit dem die Anwesenheit von amerikanischen atomgetriebenen oder atombewaffneten Schiffen in den Gewässern der Palau-Inseln gestattet werden sollte, wurde von 51% abgelehnt.